

Einzelpreis 70 Heller
 Abteilungen und
 Gestaltungen:
 Preis H. G. 1/2
 Preis H. G. 1/2
 Preis H. G. 1/2
 Telefon 6795,
 nachts 6797.
 Telegramm-Adresse:
 Sozialdemokrat Prag.
 Postfachamt 57544.
 Inserate werden laut
 Tarif billigt berechnet.
 Bei öfteren Einschick-
 ungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

**Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
 in der Tschechoslowakischen Republik.**

Bezugsbedingungen
 Bei Zustellung ins
 Haus oder bei Bezug
 durch die Post
 monatlich . . . 12—Kč
 vierteljährlich 48—Kč
 halbjährlich . . . 96—Kč
 jährlich . . . 192—Kč
 Für den Auslandbereich
 monatlich 100—SK für
 Deutschland 40—Mk.
 Erscheint mit Ausnahme
 des Montags täglich früh.

1. Jahrgang.

Freitag, 30. Dezember 1921.

Mr. 108

„Ausöhnung mit der Arbeiterchaft.“

Horthy will sich mit der Arbeiterchaft „ausöhnen“. Das wollen die Schreib-
 knechte Horthys nicht als Wit aufgefäßt
 wissen, sondern sie suchen der Welt in allen
 Tonarten einzureden, daß es diesmal wirk-
 licher und wahrhaftiger Ernst sei. Der un-
 garische Ministerpräsident Graf Bethlen hat
 sich mit der ungarischen sozialdemokratischen
 Partei zusammengesetzt und mit ihr eine
 „Vereinbarung“ abgeschlossen. Ueber den
 Inhalt der getroffenen Abmachungen be-
 wahrt wohl Graf Bethlen als auch die un-
 garische Parteileitung Stillschweigen, so-
 daß man nicht erfährt, wozu sich die un-
 garische sozialdemokratische Partei eigentlich
 verpflichtet hat. Ueber aus dem Umstand,
 daß die Wiener „Fövbö“, ein Blatt, das der
 ungarischen sozialdemokratischen Parteilei-
 tung nahesteht, sich in scharfer Weise gegen
 die Vereinbarungen wendet und die Ver-
 mutung ausspricht, daß die Abmachungen
 durch Terror erzwungen wurden, läßt sich
 schon schließen, wie diejer Burgfriede mit
 der Konterrevolution eigentlich aussieht. Die
 Nachricht von der getroffenen Vereinbarung,
 — die großsprecherisch als die Ausöhnung der
 Horthy-Regierung mit der ungarischen Arbeiter-
 schaft ausgefärbt wird, obwohl die Ar-
 beiterchaft gar nicht gefragt wurde und sie
 auch keine Gelegenheit fand, sich zu äußern,
 — kam just an dem Tage, an dem in der
 ungarischen Nationalversammlung der Abgeord-
 nete Drozdy zwei Dokumente vorlegte, die zur
 Genüge dazulegen, was man von der verspro-
 chenen Aenderung des bisherigen Gewaltkur-
 ses zu erhoffen hat. Das erste der Dokumente
 enthält das Verbot eines Gendarmierkomman-
 dos, Gefangene zu prügeln, das zweite, das von
 derselben Behörde stammt, bezieht sich, in
 streng vertraulicher Weise die Gendarmier-
 schaft zu befehlen, das Verbot nicht ernst zu
 nehmen, da ja doch „die öffentliche Sicher-
 heit ohne Täglichkeiten nicht gewährleistet
 werden kann“. Und dann heißt es weiter,
 daß, wenn Gendarmen sich zu Täglichkeiten
 „hinreißen“ lassen sollten, sie dies in einer
 solchen Weise tun mögen, daß dies nicht vor
 zehn Zeugen, sondern unter vier Augen ge-
 schieht und daß kein ärztliches Attest auf-
 genommen werden kann. Eine „Ausöhnung“
 also, um ein bekanntes Wort zu variieren,
 gemildert durch Chreigen!

Unmittelbar nach den geschlossenen Ab-
 machungen hat die Regierung Bethlen eine
 Amnestie erlassen, welche die „erste Frucht“
 dieser Vereinbarungen darstellen soll. Die
 Amnestie wird eine allgemeine genannt,
 aber in Wirklichkeit enthält sie so viele Fuß-
 angeln, daß die Zahl der wirklich amnesti-
 erten Revolutionäre sehr gering sein wird,
 da beispielsweise aus der Amnestie alle aus-
 geschlossen bleiben, „die für die gesellschaft-
 liche Ordnung des Staates und der Gesell-
 schaft oder für die öffentliche Sicherheit ge-
 fährlich sind“. Wer nun für die öffentliche
 Sicherheit und die Ordnung des Staates ge-
 fährlich ist, das zu bestimmen bleibt dem
 Justizminister Tomcsanyi, dem Organisator
 des schreckens- und schandvollsten Blut-
 richters, überlassen. Es gehört ange-
 sichts dieser Schwindelamnestie schon die ganze
 Federfertigkeit eines Budapest Schmocks
 dazu, darin eine „Offenbarung des Willens“
 zur Abkehr von der bisherigen Richtung zu
 erblicken, wie es im „Pester Lloyd“ zu
 lesen steht. Wohl regt sich, so gibt er zu,
 in festlichen Gemütern ein „leiser Zweifel“,
 ob ein System, „das in der Politik der Ver-
 folgung bisher so unerschöpflich, die Seelen-
 kraft aufzubringen gewillt oder fähig sein
 werde, sich mit gleich jähem Eifer der

Frankreichs U-Bootrüstungen.

Paris, 29. Dezember. Sabas meldet aus
 Washington: Nachdem Sarraut eine Erklärung
 betreffend die Haltung Frankreichs in der Un-
 tersseebootsfrage abgegeben hatte, ergriff Staats-
 sekretär Hughes das Wort und dankte Frank-
 reich, daß es bezüglich der Großkampfschiffe
 Opfer auf sich genommen habe. Er sprach aber
 sein Bedauern aus, daß Frankreich keine gleichen
 Opfer hinsichtlich der U-Boote und Hilfs-
 schiffe auf sich genommen habe. Balfour sprach
 sich in gleichem Sinne aus. Das von Frankreich
 ins Auge gefaßte Programm erscheine als Ver-
 drohung Englands. England werde infolgedessen
 eine Verteidigungsstreitmacht gegen die Flotte
 von U-Booten bauen müssen, die in näch-
 ster Nähe seines Gebietes geschaffen werde.

Die U-Bootfrage in Washington.
 London, 28. Dezember. (Neuter.) Der Vor-
 schlag, das gesamte U-Bootproblem in Anbe-
 tracht der augenblicklich entstandenen Schwie-
 rigkeiten einem zukünftigen Weltkongreß zu
 überlassen, ist jetzt mehr in den Vordergrund
 getreten. Neuerlich tragen die Delegierten
 den gewohnten diplomatischen Optimismus
 zur Schau. In Privatgesprächen habe jedoch
 mehr als einer der Delegierten zugegeben,
 daß die Haltung der Franzosen und Japaner in
 der U-Bootfrage eine Regelung jetzt un mög-
 lich macht. Präsident Harding ist für den
 Plan einer zukünftigen Konferenz zur Be-

handlung der U-Bootfrage. In unterrichteten
 Kreisen wird geäußert, Frankreich werde
 den amerikanischen Vorschlag, der die Weiter-
 haltung des status quo in Bezug auf die U-
 Boote verlangt, zurückweisen. Die Franzosen
 betrachten die U-Boote als Verteidigungswaffe.
 Sie sind der Ansicht, daß jedes Land das
 Recht habe, die nötigen Verteidigungskräfte
 unter Berücksichtigung der Länge der Küste
 selbst festzulegen.

Unwille in Amerika gegen Frankreich.
 London, 29. Dezember. Einer Neutermel-
 dung aus Washington zufolge wird von Sei-
 ten der Delegierten auf der Washingtoner Kon-
 ferenz erklärt, die Forderung Frankreichs nach
 einem Minimum von 80.000 Tonnen für die
 U-Boote habe die Tür für jedes Uebereinkom-
 men geschlossen. Der Washingtoner Bericht-
 erstatter des „Daily Telegraph“ schreibt:
 Frankreich habe den Weg für die Lösung, die
 Amerika, England und Japan herbeizuführen
 wünschen, versperrt. Zahlreiche Anzeichen spre-
 chen dafür, daß starker Unwille in den Ver-
 einigten Staaten gegen Frankreich herrsche.
 Auf allen Seiten erbebe sich Widerspruch gegen
 den französischen Militarismus. Die Franzosen
 seien durch den Gang der Ereignisse sehr ge-
 reizt und erklärten, die Amerikaner verständen
 die politische Lage in Paris nicht.

Zwischen London und Cannes.

(Von unserem Berliner Korrespondenten).
 Die Verhandlungen der Premierminister
 von England und Frankreich sind zu Ende ge-
 gangen, ohne daß sie die Verwirklichung der
 hochfliegenden Pläne Lloyd Georges merklich
 gefördert hätten. Zwar ist kein offizieller Ver-
 richt hinausgegeben worden und man ist ledig-
 lich auf die Meldungen angewiesen, die von
 den Nachrichtenbüros und von der Presse über
 den Gang der Verhandlungen gebracht wer-
 den. Aber wenn ein positives und weittragen-
 des Ergebnis erzielt worden wäre, so hätten
 die beteiligten Regierungen nicht verfehlt, es
 der Welt mitzuteilen. So viel weiß man also,
 daß die Besprechungen im Januar fortgesetzt
 werden sollen, erst in Cannes unter Hinzun-
 ziehung des italienischen Ministerpräsidenten,
 dann im Rahmen einer alliierten Vorkonfer-
 enz, und am Ende steht wahrscheinlich der
 große Wirtschaftskongreß sämtlicher
 europäischer Staaten.

So wenig also auch bisher für die Wiede-
 rgesundung Europas geschehen ist, so läßt sich
 doch ein unverkennbarer Fortschritt feststellen.
 Man erinnere sich daran, wie noch vor drei-
 viertel Jahren in England und in Frankreich
 über die Frage der Wiedergutmachung gespro-
 chen worden ist. Selbst Lloyd George, der sich
 heute als Sprachrohr der Londoner City dazu
 bekennet, daß für England die Wiederbelebung
 des Geschäfts mit Deutschland viel wertvoller
 sei, als der Zwang zu hohen Reparationen,
 hat damals ausgerechnet, daß Deutschland auf
 Grund seiner Bevölkerungszahl und seiner
 früheren wirtschaftlichen Leistungen sehr wohl
 imstande sei, die harten Bedingungen der
 Entente anzunehmen. Von der französischen
 Regierung garr nicht zu reden, die es nicht bei
 Drohungen bewenden ließ, sondern unter dem
 Kommando ihrer Säbelträger wichtige deut-
 sche Wirtschaftsgebiete besetzen ließ. Es kamen
 die Sanktionen, deren Folgen heute noch nicht
 überwunden sind. In den politisch führenden
 Kreisen Englands ist seitdem aber die Erkenntnis
 gewachsen, daß die Wiedergutmachung nicht
 durch militärische Gewalt, sondern nur durch
 wirtschaftliche Verständigung gelöst werden
 kann. Und auch in Frankreich ist ein beträch-
 tlicher Rückgang des nationalistischen Einflusses
 nicht zu verkennen.

Es ist freilich höchste Zeit, daß mit den
 alten Methoden bürgerlicher Regierungskunst
 gründlich gebrochen wird und wirtschaftliches
 Denken die Politik Europas bestimmt. Wie
 sehr die Wirtschaftskraft unseres Kontinents
 verwüstet ist, dafür gibt eine vergleichende Auf-
 stellung der Währungsverhältnisse in den
 einzelnen Ländern ein anschauliches Bild.
 Setzt man die Dollarparität mit 100 fest, so
 ist die Valuta im Oktober 1920 nur an vier
 Handelsplätzen der Welt über diesen Stand
 hinausgegangen; das waren Shanghai,
 Hongkong, Mexiko und Nicaragua. Zwischen
 100 und 80 Prozent der Dollarparität bewegte
 sich die Valuta in Japan, Kanada, zwei mit-
 telamerikanischen Staaten, in der Schweiz, in
 Schweden und in Holland. Dann kommen auf
 weit absteigender Linie bis zu 50 Prozent von
 europäischen Staaten England, Dänemark und
 Spanien; nun folgen die Länder mit mittlere-
 rer Valuta, in Europa Norwegen mit 47,13,
 Frankreich mit 37,47, Belgien mit 36,90 Pro-
 zent der Dollarparität. An letzter Stelle steht
 das ganze übrige Europa:

Portugal	8,77
Jugoslawien	8,15
Finnland	7,85
Tschechoslowakei	5,40
Rumänien	3,88
Bulgarien	3,20
Deutschland	2,79
Estland	1,11
Ungarn	0,78
Estland	0,52
Oesterreich	0,26
Polen	0,09
Rußland	(nicht meßbar.)

Ein internationaler Krust zum Wiederaufbau der Welt.

Alle Großstaaten beteiligt. — Die Hälfte des deutschen Ruhestens Reparationen.

Paris, 29. Dezember. (Tsch. P. B.) Ueber den
 Zweck der morgen beginnenden Beratungen al-
 liierter Sachverständiger aus Handels- und
 Finanzkreisen schreibt der „Matin“: Es han-
 delt sich um die Schaffung eines Konsortiums
 zur Wiederaufrichtung des Handels mit Ruß-
 land. Dies sei ein rein privates Unternehmen.
 Die Regierungen würden sich begnügen, das Un-
 ternehmen zu ermutigen und zu kontrollieren.
 Es würden aber keine Staatsgelder dafür auf-
 gewendet werden. Die Amerikaner sollen auf-
 gefordert werden, an dem Unternehmen, das
 sich nicht lediglich auf Rußland beschränkt,

sondern alle Fragen umfassen werde, die Eu-
 ropa betreffen, teilzunehmen. Auch den Deut-
 schen werde eine Beteiligung gleich der der an-
 deren Großstaaten angeboten werden, unter
 der Bedingung jedoch, daß die Hälfte des deut-
 schen Ruhestens zu Reparationszahlungen ver-
 wendet werde. Diese Konferenz und dieses
 Konsortium mit Privatkapital habe nichts zu
 tun mit der internationalen Konferenz zur
 Gesundung der Wechselkurse, die anfangs Fe-
 bruar vermutlich in Genf stattfinden werde.
 An dieser Konferenz würde jedenfalls auch
 Rußland teilnehmen.

Sache des inneren Burgfriedens zu wid-
 men“, aber mit Freuden erklärt sich der
 Schmock bereit, sich „solche Slepits vom
 Leibe zu halten“. Das sei gern geglaubt
 und Horthy wird ihm die Anerkennung ge-
 wiss nicht versagen.
 Anders freilich die ungarische Ar-
 beiterchaft. Selbst die „Nepszava“
 muß in ihrer Weihnachtsummer zugeben,
 daß ganze Schichten der Arbeit-
 erschaft mit den Abmachungen
 nicht zufrieden sind und sie droht
 den Unzufriedenen mit dem offenen
 Ausschluß aus der Partei. Dar-
 nach, wie überhaupt aus der Tatsache,
 daß sich die ungarische sozialdemokratische
 Parteileitung dazu hergab, sich mit den Ab-
 geordneten Horthys an einen Tisch zu setzen,
 kann man schließen, welcher Art die „So-
 zialdemokraten“ sind, deren sich Horthy be-
 dient, um seinen schandvollen Ruf in
 Europa zu bessern. Das ist auch in Wahr-
 heit die einzige Ursache der
 Vereinbarungen. Graf Bethlen hat
 in seiner Rede in der Nationalversamm-
 lung die Hoffnung ausgesprochen, daß die
 ungarische sozialdemokratische Arbeiter-
 schaft nunmehr bereit sein wird, „an der
 großen Arbeit der Wiederaufrichtung des natio-

nen Staates auf nationaler Grundlage
 mitzuwirken und alles daran zu setzen, im
 Wege ihrer internationalen
 Verbindungen das ungerechte Ur-
 teil, das sich gewisse Funktionäre der öffent-
 lichen Meinung im Auslande über
 Ungarn gebildet haben, zu mildern
 und zu beseitigen“. Das Horthy-
 Regime droht trotz aller Propaganda
 im Ausland in der allgemeinen Verachtung
 zu versinken, darum die Komödie der „Aus-
 öhnung“ mit der Arbeiterchaft. Es ist
 überflüssig zu sagen, daß an dem schand-
 vollen Ruf, den sich das Mord- und Blut-
 regime Horthys nachgerade in der gesamten
 gesitteten Welt erworben hat, auch nach
 diesen Vereinbarungen und der hollzogenen
 Versöhnung sich nicht das Geringste ändern
 wird. Auch wenn sich die Haltung von So-
 zialdemokraten, die das Wohlgefallen der
 Horthy und Bethlen errungen haben, dazu
 hergeben sollte, das Bild, das heute allge-
 mein über Horthy-Ungarn besteht, zu
 beschönigen, wird sich doch niemand finden,
 der diesen Reinwaschungsversuchen Glauben
 entgegenbringen könnte. Die Schmach
 dieses Systems kann keine Schwindel-
 amnestie und keine Abmachung mit Botem-
 lischen Sozialdemokraten vergessen machen.

Inland.

Wenn auch nicht aus dem schlechten Stand einer Valuta ohne weiteres auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes geschlossen werden kann, da ein Unterschied gemacht werden muß zwischen Industrie- und Agrarstaaten, so kann man doch im allgemeinen sagen, daß die wirtschaftliche Zerrüttung Europas sich in der Verschlechterung seiner Währungsverhältnisse widerspiegelt. Es fällt insbesondere auf, daß von dem Valutasturz ganz Mittel- und Osteuropa am schärfsten betroffen worden sind. Ohne die Wiedereinbeziehung dieser großen und so wichtigen Gebiete in die Weltwirtschaft ist nicht daran zu denken, daß die Ueberwindung der Kriegsfolgen in schnelleren Gang kommen könnte. Die kapitalistische Wirtschaft hat sich in den letzten drei Jahren nur dadurch behaupten können, daß sie die Lage der arbeitenden Bevölkerung immer tiefer hinunterdrückte; sie muß zu Grunde gehen, wenn es ihr nicht gelingt, die Konsumfähigkeit der Arbeiterklasse mindestens wieder auf die Vorkriegeshöhe zu bringen. Das ist der Kern des Planes von Lloyd George und wenn die französische Regierung ihm bisher auch noch nicht völlig zugestimmt hat, so ist das lediglich auf die Furcht vor der innerpolitischen Rückwirkung zurückzuführen.

Selbst in jenen Kreisen der Arbeiterschaft, die bis vor kurzem unter dem Deckmantel des Kommunismus anarchistischen Gedankengängen gefolgt sind, hat man jetzt der Erwägung Raum geben müssen, daß auch das Proletariat am Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft außerordentlich interessiert ist und daß man die Sorge darum nicht lediglich den Regierungen der kapitalistischen Länder überlassen dürfe. In den Reden und Schriften dieser Kreise wird jetzt unerbötlich zugegeben, daß von der nächsten Zeit revolutionäre Erschütterungen nicht mehr erwartet werden dürften und daß die Taktik des Proletariats vielmehr auf mehrere Jahrzehnte hinaus sich auf eine neue Befestigung des kapitalistischen Systems einrichten müsse. Dem blinden Glauben an die Wunderlehren von Pösklau folgt ein immer sichtbar werdender Pessimismus über die Zukunft der Arbeiterbewegung und über die Aussichten der sozialen Revolution. Selbst die Veröffentlichungen führender kommunistischer Politiker lassen diesen Geist der Niederbegebenheit erkennen. Man lese nur daraufhin die jüngst erschienene Schrift von Trotsky „Die neue Etappe“ oder die Artikel von Radek in der kommunistischen Presse. Was gestern noch versucht wurde, wird heute als Heilmittel angepriesen: die Verbindung mit den „Salaien der Bourgeoisie“, mit den sozialistischen Parteien, die Wiederaufnahme der Beziehungen mit der „gelben“ Gewerkschaftsinternationale von Amsterdam, ja selbst die Koalition mit bürgerlichen Parteien, wenn es dem augenblicklichen Interesse der Arbeiterklasse entspreche.

Wer als Sozialist den Blick für die tatsächlichen Verhältnisse auch in jener Zeit nicht verloren hat, als der kommunistische Glaube noch in höchster Blüte stand, der wird auch jetzt nicht dem Pessimismus verfallen, der von dieser Seite ausgeht. Wir wissen, daß der wiedererstarkende Kapitalismus zugleich die Vorbedingungen für seine völlige Beseitigung schafft. Wir haben erkannt, daß die Zerrüttung der wirtschaftlichen Verhältnisse am allerhärtesten das Proletariat getroffen und seine Kampffähigkeit herabgedrückt hat. Nur wer die Verwirklichung des Sozialismus als ein von heute auf morgen sich vollziehendes Ereignis erwartete, der kann darüber enttäuscht sein, daß der Zusammenbruch des Kapitalismus bisher nicht erfolgt ist, wie er von kommunistisch-anarchistischer Seite unzählige Male angefangen wurde. Die sozialistisch geschulten Arbeiter dagegen werden ihre Tätigkeit mit um so größerem Eifer fortsetzen, auch wenn sie erkennen, daß die Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische sich unter den heutigen politischen Umständen in einem langsameren Prozesse vollzieht.

Die Staatsmänner der Entente, mögen sie nun in Cannes, Paris oder in anderen Orten zusammenkommen, werden durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen, mit größerer Beileidigung an dem Wiederaufbau Europas arbeiten zu müssen. Die Arbeiterklasse aller Länder aber hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß ihre eigenen Interessen dabei nicht zu kurz kommen. Das deutsche Proletariat insbesondere wird seinen ganzen wirtschaftlichen und politischen Einfluß aufbieten müssen, um zu verhindern, daß die deutsche Bourgeoisie die ihr zukommende Pflicht zur Wiedergutmachung auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung ablädt.

Die Gefahren der Petka. Ueber dieses Thema äußert sich ein Mitglied der Parlamentariermehrheit im gestrigen Leitartikel der „Tribuna“ in kritischer Weise. Er sagt unter anderem: „Die enge Verbindung von fünf Führern der Parlamentariermehrheit bereitet hinter verschlossenen Türen wichtige, ja die wichtigsten Gesetzesvorlagen vor, über welche ohne eine öffentliche Diskussion im Parlament abgestimmt wird. Die Klubs sind gezwungen, für alles zu stimmen, was vorgelegt wird, weil es sich in der Regel um ein ganzes System von Vorlagen handelt, die durch ein Junktim verbunden sind.“ Der Artikel schließt mit folgenden Worten: „Die Petka und die geheime Diplomatie zwischen den Parteien der Regierungsmehrheit, dieses System der Bequemlichkeit für die Parlamentarierpolitik und die Regierung einiger Weniger muß um jeden Preis beseitigt werden. Es ist nicht wahr, daß es nicht möglich ist, im Interesse des Staates heikle Fragen öffentlich zu behandeln, weil uns die Demagogie erschlagen würde. Es gibt bei uns noch genug Liebe zu diesem Staate, es sind in unserem Volk noch genug Fähigkeiten zu politischem Denken, damit ruhmfüchtigen Demagogen Schranken gesetzt werden. Noch hat die Petka nicht alles erstickt. Wir müssen lernen, zueinander klar und offen zu sprechen, wir müssen lernen, uns vor der ganzen Nation zu einigen. Die Bürger, welche diesen Staat wirklich gern haben, haben doch das Recht, zu wissen, welches die Gründe für die oder jene Maßnahme des Parlamentes sind. Aber die Nation, welche nach der Verfassung der einzige Träger der Macht in diesem Staate ist, hat auch das Recht des gesetzlichen Rates, hat das Recht, in der Presse und in Versammlungen über Dinge zu reden, welche Bedeutung für ihr Leben haben. Daß dies schwerer sein wird und daß wir zeitweise Fesseln einer Krise sein werden, hat eine größere Bedeutung als die tatsächliche Fäulnis in den Grundlagen des Staates. Und die Bequemlichkeit oder Lebensversicherung der Funktion von Führern für einige Mitglieder des Parlamentes, das hat allerdings die geringste Bedeutung. Es ist notwendig, im Rudofsinum zu lästern, so lange es Zeit ist, bevor bei uns die ganze politische Maschinerie verschimmelt und Staat und Demokratie vernichtet sein werden.“

Minister Habrman über Alters- und Invalidenversicherung. Im Brünner „Sozialismus“ veröffentlicht der Minister für soziale Fürsorge Habrman einen Artikel, in dem es heißt: Im Ministerium für soziale Fürsorge wurde eine neue Grundlage für die Ausarbeitung einer neuen Vorlage über die Alters- und Invalidenversicherung vereinbart. Diese soll auf der breiten Grundlage der Bezirkskrankenkassen beruhen mit Ergänzung und Ausbaurung der Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung. Betreffs der Sicherstellung der Alters-, Invalidenanprüche, eventuell der Wittwen- und Waisenzentren durch Beiträge wurde eine neue Art gewählt, durch Sicherstellung von minimalen Renten, durch eine sogenannte Kapitalisierung der Renten. Die Kommission hat den besten Fachleuten und Kennern der sozialen Versicherung einen Teil der Arbeit zugewiesen. Es ist zu erwarten, daß bis Neujahr der Komplex dieser Einzelarbeiten in einem Gesetzentwurf über die Versicherung zusammengefaßt werden könne, welcher die Kranken-, Unfall-, Alters-, Invaliden-, Wittwen- und Waisenversicherung enthält. Hauptsächlich werden diese Vorlagen im nächsten Jahr vom Parlamente genehmigt werden. Die Alters- und Invalidenversicherung wird bis zu einer gewissen Altersgrenze, vielleicht von 60 Jahren, obligatorisch sein. Außerdem bereitet das Ministerium für soziale Fürsorge einen Gesetzentwurf vor, welcher allen unbemittelten, arbeitsunfähigen und keine anderen Einkommen besitzenden Personen, die wegen ihres Alters in die Alters- und Invalidenversicherung nicht einbezogen werden könnten, eine Alterspension sicherstellen würde. Das Ministerium hofft, daß dieser Teil der Sozialversicherung am 1. Jänner 1923 in Wirksamkeit treten kann.

Die Demokratie des adeligen Großgrundbesitzes siegt. Die „Ceskoslovenska Republika“ begrüßt ein Bekenntnis zur Republik, welches Alfons Mendorf-Pouilly, der Vorsitzende des Verbandes der mährischen Großgrundbesitzer in der „Moravska Orlice“ im Namen des gewissen Wels abgibt: „Jetzt allerdings sind wir von der Mitarbeit ausgeschlossen. Dennoch erklären wir, daß uns das Wohl des Volkes, in dessen Mitte wir leben, und zu dem wir uns als zugehörig melden, obwohl diese unsere Zugehörigkeit nicht immer anerkannt wird, so sehr am Herzen liegt, daß wir gerade jetzt, wo infolge des Sieges der Demokratie, wenigstens wie wir sie verstehen, das Wohl der Menschen und das Wohl des Staates geschützt werden soll, bereit sind, uns für alles einzusetzen, was wir als förderlich für das Wohl des Staates anerkennen.“ — Daß

sich das amtliche Organ über diese „Anerkennung“ und dieses „Bekenntnis“ freut, ist nur ein Zeichen seiner Bedürfnislosigkeit. Die adeligen Großgrundbesitzer entdecken plötzlich, daß ihnen das Wohl des Staates am Herzen liegt, an ihrem adeligen Herzen, das blau zu verbluten droht, da seine Träger noch immer von der Mitarbeit am Staate — angeblich — ausgeschlossen sind. Aber leider nur für den Augenblick. Sie haben sich doch entschlossen, sich für alles einzusetzen, was sie als förderlich für das Wohl des Staates anerkennen. Die Demokratie nämlich, wie sie sie verstehen, hat ja festgelegt. Das ist die fürchterlichste Wahrheit in diesem „Bekenntnis“, die wir leider bekräftigen müssen. Die wahre Demokratie ist tot — es lebe die Demokratie des adeligen Großgrundbesitzes!

Neuartige Erspargungsmethoden. Die Zentralorganisation der Verkehrsbeamten der Post schreibt der Redaktion des „Cas“, daß die Postverwaltung massenweise die sogenannten Aushilfskräfte jener Beamten entläßt, welche 1, 2, 3 und mehrere Jahre dienen, und daß an ihrer Stelle Praktikanten aufgenommen werden, die ein Reisezeugnis nachweisen. Leute, die eingearbeitet sind, die in der schwersten Zeit Dienst gemacht haben, werden grundlos auf die Straße geworfen. Neulinge, welche sich erst einarbeiten müssen und deren Schulung und Uebung eine Verlangsamung der übrigen Arbeit bewirkt, werden an ihre Stelle gesetzt. Das geschieht in einem Restpost, an dessen Spitze der Minister Erba steht. Dazu kommt der Umstand, daß diese auf Pfosten geworfenen Menschen die Reihen derer zu vermehren drohen, welche staatliche Unterstützungsgelder beziehen. So sieht es mit den neuen Erspargungsmethoden der Republik aus.

Tages-Neuigkeiten.

Lori Graff. Am Neujahrstage beginnen wir mit dem Abdruck von Hans von Hoffensthal's Roman „Lori Graff“. Der Dichter hat diese seine bedeutsamste Arbeit den jungen Frauen und Müttern, heiratsfähigen Töchtern gewidmet. Wir aber denken, daß das Werk für alle Menschen, Frauen und Männer geschrieben ist, die am fruchtbarsten glücklichen Leben teilhaben wollen. Das tragische Schicksal der jungen lebensfreudigen Lori Graff, die nichtsahnend Opfer einer „geheimen“ Pest geworden ist, soll warnend vor allen jungen Menschen stehen. In scharfem Kontrast zu dem Leid der tragischen Heldin des Romans blüht und leuchtet und lockt die Landschaft, Südtirol mit Bogen, in dem sich die Liebes- und Leidensgeschichte Loris abspielt. Wer je in Bogen gewesen ist, wird mit großem Genuß die feinen Naturbeschreibungen lesen und wird von Sehnsucht nach Tirol ergriffen, dem toten Dichter und Arzt Hoffensthal Dank wissen. Und Dank werden ihm auch jene schulden, die über die Befestigung edelsten Genußes eine weise Mahnung fürs Leben empfangen. Möge „Lori Graff“ unseren Leserinnen und Lesern freudige, erste und schöne Stunden bereiten!

Prügelstrafe im Preßburger Polizeigefängnis. Aus Preßburg wird uns geschrieben: Seit einigen Wochen mehren sich die Fälle, in denen Arbeiter und Arbeiterinnen der brutalsten Behandlung durch Polizeiorgame ausgesetzt sind. Was sich aber seit jenen Tagen ereignet, da die Ausweisungen nicht mehr bewerkstelligt werden können, ist geradezu empörend. Die von der Polizei ausgegriffenen Personen werden in der brutalsten Weise behandelt und durchgeprügelt. Das System des „Durchprügelns“ ist obligatorisch. Es geschieht nicht nur nachts, sondern auch am helllichten Tage, wie folgender Fall beweist: Mittwoch, den 28. ds., gegen 11 Uhr vorm., wurde das stellenlose Mädchen Therese D... aus Basse (Deutschhöfereich) dem Inspektion haltenden Polizeikommissar Kopta vorgeführt. Im Inspektionzimmer waren noch drei Polizisten anwesend. Kopta schrie wie ein Wahnsinniger mit dem Mädchen. Die Polizisten fetterdierten kräftig und den Schluß bildete außer dem Jammergeheul des fürchterlich gemarterten Mädchens eine Züchtigung mit dem Ochsenziemer auf dem Rücken, welche Persekution Polizeikommissar Kopta persönlich vornahm. Ueber den Vorfall, der in Preßburg begreifliches Aufsehen hervorrief, wurde auf Einschreiten unserer Genossen ein Protokoll aufgenommen. Hauptsächlich erreicht den Polizeikommissar Kopta, einen ehemaligen österreichischen Polizisten, das Schicksal, das er verdient!

Der kommunistische Bürgermeister Hirschl seines Postens enthoben. In der am 27. Dezember stattgefundenen Sitzung der Bezirksverwaltungscommission Kruman wurde der kommunistische Bürgermeister von Kruman, Ernst Hirschl seines Postens enthoben. Der Grund dieser Enthebung war die Ausstellung falscher Heimatscheine. Hirschl selbst mußte zugeben, daß sechs falsche Heimatscheine ausgestellt wurden. Er erklärte

zwar nicht zu wissen, von wem diese Scheine ausgestellt wurden, sie trugen aber alle seine Unterschrift. Ein gefälschter Heimatschein, der auf den Namen Augustine Reischl lautete, wurde dem Bürgermeisteramt in Kruman zugesendet und von Hirschl vernichtet, ohne daß die Gemeindevertretung hiervon verständigt worden wäre. Die Bezirksverwaltungscommission nahm deshalb an, daß die Heimatscheine mit Wissen Hirschls gefälscht wurden und entthob ihn seines Postens.

Drangsalierung deutscher Schulen ohne Ende. In der Gemeinde Botenwald (Bez. Neutitschein) soll gleichzeitig an zwei Volksschulen, an der Knaben- und an der Mädchen-Volksschule eine Reduzierung der Klassen vorgenommen werden. Die Knabenschule ist vierklassig mit einer Parallelabteilung, die Mädchenschule dreiklassig mit zwei Parallelabteilungen. Jede Schule zählt also fünf Klassen. Jede Schule bildet die Grundlage für die gemischte Bürgerschule. Weil aber infolge des Geburtenrückganges im Jahre 1916 die ersten Klassen der beiden Schulen heuer etwas schwächer besucht sind, hat das Präsidium des mährischen Landeslehrerates sofort die Absicht mitgeteilt, eine Reduzierung der Klassen an beiden Schulen eintreten zu lassen. Daß das Sinken der Schülerzahl infolge des Geburtenrückganges während der Kriegsjahre nur vorübergehend ist, darum kümmern sich die Machthaber ebensowenig, wie darum, daß durch die Auflösung auch nur einer einzigen Klasse die Schüler in die übrigbleibenden Klassen derart zusammengepfercht werden müßten, daß ein methodisches Lernen ganz unmöglich wird.

„Die hundert Stunden des Königs Karls“. In Genf, am Sitz des Völkerbundes, ist der Plan geboren worden, den „berufenen“ geistigen Vertretern aller Nationen der Welt in der Form einer internationalen Revue ein gemeinsames Obdach zu bauen. So entstand die „Revue de Geneve“, an der unter anderem mitarbeiten: Bernhard Shaw, Heinrich Thomas Mann, Nathanael, Gejers-tam, Gorkij, Rabindranath Tagore und Masaryk. Im Dezemberheft dieser Zeitschrift befindet sich ein Essay aus der Feder Dr. Georg v. Orlik's „Die hundert Stunden des Königs Karl“. Dieser Essay wird folgendermaßen eingeleitet:

Es war ein lächelnder Herbstmorgen, als am 1. November 1921 Karl von Habsburg-Lothringen, apostolischer König von Ungarn, IV. dieses Namens, den Boden seines Königreiches ein letztes Mal verließ. Die milden Strahlen einer glorreichen Sonne breiteten einen aus reinem Silber geflochtenen Schleier über die von Trauerweiden umgebenen Wiesen am Ufer der unter dem kühlen Morgenreif erzitternden Donau. Der Himmel trug noch das Grau der ersten Frostnächte...

Nachdem er noch eine halbe Spalte weiter so Stimmung gemacht hat, fährt der Autor fort: Die eine dieser Schicksalstragödien ist die des Hauses Habsburg, dessen Herrschaft von beinahe sieben Jahrhunderten nun ein Ende nahm. Die andere ist aber die der ungarischen Nation, die sich infolge einer unbedachten Handlung ihres eigenen Königs gezwungen sah, gegen den tausendmal geheiligten Träger der heiligen ungarischen Krone zu den Waffen zu greifen, ihn gefangen zu nehmen und schließlich, infolge einer empörenden Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten fremden Mächten zu übergeben.

In dieser Tomart geht es weiter. — Der Mann gehört wirklich zu den „berufenen“ geistigen Vertretern der Welt!

Die neuen Posttarife vom 1. Jänner. Vom 1. Jänner an treten die neuen Postgebühren in Kraft. Es ist daher zu frankieren: Im Inlande: a) im Ortsverkehr: Einfacher Brief bis 20 Gramm 60 Heller, b) im Fernverkehr: 1 K. Für je weitere 20 Gramm 30 Heller mehr. Postkarten: 50 Heller, Drucksachen: für je 50 Gramm 20 Heller. — Nach Oesterreich, Deutschland, Polen und Ungarn: Briefe: bis 20 Gramm 2 K., für weitere 20 Gramm je 1 K 25 h. Postkarten: 1 K 20 h. Drucksachen: für je 50 Gramm 50 h. — Ins übrige Ausland: Briefe: bis 20 Gramm 2 K 50 h, für weitere 20 Gramm je 1 K 25 h. Postkarten: 1 K 50 h. Drucksachen: für je 50 Gramm 50 h.

Noch eine Weihnachtsspende Masaryk's. Präsident Masaryk hat zur Veranstaltung eines Weihnachtsebenes für die Hochschulstudenten aller Nationalitäten in der Republik, welche die Weihnachtstagesfeier fern von ihrer Heimat verbringen, einen Betrag von 100.000 Kronen gewidmet.

Unentgeltliche Ausfolgung von Steuerdruckschriften. Das Finanzministerium hat angeordnet, daß die Steuerdruckschriften und zwar die Zinsstrags-Bekanntnisse, die topographischen Hausbeschreibungen, die Erwerbsteuererklärungen, Erklärungen zur Bemessung der allgemeinen Erwerbsteuer für Wandergewerbe, Bekanntnisse zur Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen

Gedenket Des Fonds für euer Zentralorgan!

Unternehmungen. Beschlüsse zur Rentensteuer, Beschlüsse zur Einkommensteuer und Kriegsteuer physischer Personen und zur Kriegsteuer der Gesellschaften künftighin an die Steuerpflichtigen nicht mehr verkauft, sondern unentgeltlich von den Steueradministratoren über Parteianfragen ausgefolgt werden.

Grippeepidemie in Dresden. Berlin, 29. Dezember. Wie die Blätter aus Dresden melden, ist dort eine Grippeepidemie zum Ausbruch gekommen, die bereits eine ganze Reihe von Todesopfern gefordert hat.

Erhöhung der Prüfungsgebühren an Mittelschulen. Durch die Regierungsverordnung vom 19. Dezember 1921 wird bestimmt: Für die Erprobungsprüfung beim Uebertreten aus einer staatlichen Mittelschule in die staatliche Mittelschule eines anderen Typus ist für die Prüfung aus einem Gegenstande die Taxe von 20 Kronen, für die Prüfung aus mehreren Gegenständen die Taxe von 50 Kronen zu entrichten. Die Taxe für die Aufnahmeprüfung in eine höhere Klasse beträgt 100 Kronen. Die Taxe für eine außerordentliche Prüfung, welche zu einem besonderen Zweck aus dem Lehrstoff einer oder mehrerer Klassen abgelegt wird, beträgt 100 Kr. Von der Zahlung der Prüfungsgebühren kann die Prüfungskommission den Kandidaten auf dessen schriftliches Ansuchen ganz oder zur Hälfte befreien. Für eine außerordentliche Prüfung aus einer lebenden Sprache oder aus einem anderen Gegenstande ist die Taxe von 20 Kr zu entrichten. Die Privatintaxen für die Semestralprüfung beträgt 100 Kr, für die Jahresprüfung 200 Kr. Für die Reifeprüfung ist von den Kandidaten, welche als ordentliche Schüler die höchste Klasse einer staatlichen Mittelschule absolviert haben, die Taxe von 50 Kr, von den Privatisten oder Externisten die Taxe von 120 Kr zu entrichten. Arme ordentliche Schüler kann die Prüfungskommission ausnahmsweise von der Taxe auf ein schriftliches, begründetes Ansuchen, das vor der schriftlichen Prüfung überreicht werden muß, ganz oder teilweise befreien. Für die Ergänzungsmaturitätsprüfung an Gymnasien, Realschulen oder Reformrealgymnasien müssen die Realschulabiturienten die Taxe von 50 Kr bezahlen. Die Taxe ist vor Beginn der Prüfungen zu erlegen. Den Kandidaten, welche während der Prüfung zurücktreten oder durchfallen, wird die Taxe nicht zurückgezahlt. Bei der Wiederholung einer Prüfung muß dieselbe Taxe entrichtet werden, wie bei der ersten Prüfung.

Durch einen Sturz ternig geworden. Mittwoch Nachmittag wurden die Pferde eines Wagens, den der Geniefeldat Josef Krenen lenkte, scheu und rasteten durch die Ringstraße in Prag-Dieben. Als sie in die Stühlgasse einbogen, sprang der Messerschmied Anton Triska in der Wästel, die Pferde aufzuhalten, auf den Wagen. Er stürzte jedoch herab und verletzte sich am Kopfe. Nachdem er vom Arzte der Rettungstation verbunden worden war, begann er sich den Verband vom Kopfe zu reißen. Es zeigte sich bei ihm Anzeichen von Selbstgefährdung. Er wurde in die Irrenanstalt nach Bohnie überführt.

Eindiebstahl. Im Magazin des „Naradni podnik“ in der Smetschagasse wurde in der Nacht auf Donnerstag ein Diebstahl verübt. Der Dieb entwendete Federn, Pfeifstiele und sonstige Schreibrequisiten im Werte von 30.000 Kronen.

Angefallene Leiche. Donnerstag Nachmittag wurde aus der Moldau bei dem Altschöber Brückenwehr die Leiche der neunzehnjährigen Radistin Anna Petr herausgehoben, welche etwa acht Wochen im Wasser gelegen hatte. Offenbar war die Petr von der Brücke in die Moldau gesprungen.

Eisenbahnerstreik in Deutschland.

Berlin, 29. Dezember. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“). Die Eisenbahnerbewegung im Westen nimmt immer größeren Umfang an. Nach den vorliegenden Meldungen macht sich der Streik im Direktionsbezirk Eberfeld dadurch geltend, daß die aus dem Osten kommenden Züge dort von Streikenden angehalten und nicht nach Köln weitergeleitet werden. Inzwischen sind auch die Eisenbahner in den Bezirken Köln und Essen in den Streik getreten, so daß die Wirkungen des Ausstandes bald größeren Umfang annehmen dürften. Nur die Transporte der Interalliierten Kommission werden von den Streikenden bewerkstelligt. Außerordentlich kritisch ist die Situation in den Bezirken Breslau, Rassel, Halle, Frankfurt a. M. In allen diesen Bezirken befinden sich die Eisenbahner in der heftigsten Erregung. Ueberall stehen Versammlungen bevor, in denen die Frage, ob sie sich dem Streik anschließen sollen, sicherlich eine wichtige Rolle spielen wird. Auch die Funktionäre des deutschen Eisenbahnerverbandes im Bezirke Berlin halten heute Abend Versammlungen ab, um dazu Stellung zu nehmen. Der Hauptvorstand des deutschen Eisenbahnerverbandes hat heute Vormittag zu der ablehnenden Haltung des Reichskabinetts Stellung genommen und beschlossen, nochmals an die Regierung heranzutreten, um auf dem Wege der Verhandlungen eine Verständigung herbeizuführen. Die übrigen Eisenbahnerorganisationen Berlins werden im Laufe des heutigen Abends zur Lage Stellung nehmen. Die beteiligten Ministerien, das Reichsfinanzministerium und das Verkehrsministerium scheinen ebenso wie die Regierung den rein scharfmacherischen Standpunkt herauskehren zu wollen. Statt den Gründen für die Arbeitsniederlegung nachzugehen und dafür zu sorgen, daß durch die Erfüllung der berechtigten Forderungen

Lenin gibt die Weltrevolution auf.

„Das Proletariat ist zu weit vorwärtsgegangen.“

Auf dem soeben in Moskau tagenden neunten allrussischen Sowjetkongress hielt Lenin eine Eröffnungsrede, in der er unter anderem sagte: „Wir haben immer bedeutend einfachere Entwicklungsformen vorausgesetzt. Wir haben immer bestimmt gesagt, daß es aus den verberberischen Kriegen, aus dem vielen Blutvergießen keinen anderen Ausweg gibt, als die Weltrevolution des Proletariats; in Wirklichkeit hat sich eine ganz andere Lage der Dinge ergeben. Die Sowjetrepublik befindet sich und befindet sich tatsächlich umgeben von einer ganzen Masse imperialistischer Länder. Das Kriegsende war bei uns nicht das Ergebnis

der Weltrevolution. Wir rechneten auf die direkte Unterstützung des Weltproletariats. Die Weltrevolution haben wir nicht bekommen, doch dafür erhielten wir eine andere, indirekte Unterstützung: die Sympathie der arbeitenden Massen, nicht nur die der Arbeiter, sondern auch der Bauern.“ In seinen weiteren Ausführungen rät Lenin an dem Bündnis zwischen Bauern festzuhalten. „Es wäre das Verderben für die Revolution, wenn wir das Proletariat, das zu weit vorwärts gegangen ist, von den Bauern losreißen wollten.“ Zum Schluß betonte Lenin die Notwendigkeit der Einschränkung der Tätigkeit der allrussischen und außerordentlichen Kommission (Tscheka).

Glend der Volksmassen in Ungarn.

Ein Brief des päpstlichen Nuntius. — „Schuld ist der Friedensvertrag.“

Budapest, 29. Dezember. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung richtete Abgeordneter Karl Huzgal eine dringliche Interpellation an den Volkswohlfahrtsminister, worin er auf das große Glend in einem Teile der Bevölkerung hinwies und schließlich die Frage stellte, ob das Gerücht wahr sei, daß der päpstliche Nuntius an die ungarische Regierung einen Brief gerichtet habe, worin er im Namen der ausländischen Missionen der ungarischen Gesellschaft den Vorwurf der Entpöndelbarkeit macht. Wohlfahrtsminister Bernolac erwiderte, daß die Angaben des Interpellanten vollkommen auf Wahrheit beruhen. Das

herrschende Glend sei entschuldigt und der Staat stehe ihm fast machtlos gegenüber. Der päpstliche Nuntius habe tatsächlich an die Regierung einen Brief gerichtet, worin er auf den Widerspruch zwischen der Armut der unteren Klassen und dem Luxus der bestehenden Stände hinweist. Der Minister erklärte, daß an der Verarmung hauptsächlich der Friedensvertrag schuld sei. Es sei bezeichnend, daß der Reichsverweser ein Einkommen von 3 Millionen Kronen habe, während ein englischer Leutnant dem Staat jährlich 8 Millionen Kronen kostet. Nächste Sitzung morgen.

gen der Eisenbahner und der unteren Beamten die Ursachen der Erregung beseitigt werden, haben sie bisher Verhandlungen abgelehnt. Anscheinend fühlt sich die Regierung durch die ultimative Form, in die die Eisenbahner ihre Forderung gekleidet haben, getränkt.

Kritischer Stand der Verhandlungen.

Berlin, 29. Dezember. (Tsch. P. B.) Das Reichskabinet hat die ultimativen Forderungen der Eisenbahner abgelehnt, da sie einen Mehraufwand von mehreren Milliarden zur Folge haben würden. Um die Weiterführung der Verhandlungen zu ermöglichen, haben die Werksleitenden des rheinisch-westfälischen Industriegebietes ihre ursprünglich bis gestern mittags befristeten Bedingungen bis zum Freitag verlängert. Heute sollen die Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium fortgeführt werden.

Streik in Eberfeld und Köln.

Düsseldorf, 29. Dezember. Sämtliche Knotenpunkte des Eisenbahndirektionsbezirkes Eberfeld sind völlig stillgelegt, so daß jeder Verkehr unmöglich ist.

Köln, 29. Dezember. Heute nachmittags 2 Uhr sind die Eisenbahner in den Ausstand getreten. Im Güterverkehr sind bereits erhebliche Behinderungen eingetreten.

Bandenwesen im Burgenland.

Wien, 29. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). In der Nacht vom 28. auf den 29. dieses Monats haben bewaffnete ungarische Banden einen Nachtwächter vor einem Weierhof auf dem Wege von Frauenkirchen nach Altmühl unter Gewaltanwendung zur Aufgabe über die österreichische Truppengruppierung gezwungen. Dazu ist zu bemerken, daß diese Orte im österreichischen Gebiete liegen. Die Banditen unternehmen also streche Vorstöße auf österreichisches Gebiet. Bei Reinersdorf im österreichischen Burgenlande wurde ein von einer Patrouille Angehöriger der ungarischen Zollwache eingekerkert. Nachdem er über den Grenzverlauf belehrt worden war, wurde er wieder unbehelligt freigelassen. Dagegen wurden bekanntlich österreichische Wehrmänner, die sich auf neutrales Gebiet verirrt, von den Ungarn schwer mißhandelt.

Die Uebergabe des Ledeburger Abstimmungsgebietes.

Wie uns aus Wien gedruckt wird, soll die Uebergabe des Ledeburger Abstimmungsgebietes an Ungarn am 2. Jänner feierlich durchgeführt werden. Der Tag der Abreise der Entente-Kommission und der Ententetruppen ist noch nicht bekannt.

Reaktionäre und magyarische Presschikanen im Burgenland.

Wien, 29. Dezember. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“). Die reaktionären österreichischen Offiziere im Burgenland sorgen dafür, daß die Arbeiterzeitung durch die Wehrmänner nicht bei der Bevölkerung verbreitet werde. Ihnen zur Seite stehen die magyarischen Postbeamten, die noch immer den Postdienst im Burgenlande versehen. Ihr Kampf richtet sich aber nicht allein gegen die Arbeiterzeitung, sondern gegen alle österreichischen Blätter. So kommt

festen nur eine österreichische Zeitung unter die burgenländische Bevölkerung. Dagegen kommen magyarische Zeitungen, die gegen Oesterreich hetzen, massenhaft über die Grenze.

Die Selbständigkeit Wiens beschlossen.

Wien, 29. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). Der Wiener Landtag und der Niederösterreichische Landtag beschlossen heute die in der Bundesverfassung festgelegte vollständige Trennung Wiens von Niederösterreich. Durch diesen Beschluß wird Wien selbständiges Bundesland. Die Trennung tritt am 1. Jänner in Kraft.

Die Verpfändeten Gobelins.

Hoffnung auf Freigebung der verpfändeten Kunstgegenstände.

Wien, 29. Dezember. Bezüglich des Gobelinkredites äußerte sich Generalrat Dr. Rosenberger, er hoffe, daß durch den vorläufigen Kredit von drei Millionen Pfund wenigstens die Stabilisierung des Kronenturmes erreicht und einer weiteren Verschlimmerung der wirtschaftlichen Situation Oesterreichs Einhalt getan werden würde. Uebrigens ist es im Falle einer Erholung der finanziellen Situation Oesterreichs möglich, daß die verpfändeten Kunstgegenstände wieder freigegeben werden können. Schwierig ist hierbei die Frage der Verpfändung in der Richtung, weil die amerikanischen Gläubiger bestimmte Forderungen bezüglich der Platzierung der Pfänder stellen werden. Wenn die Gobelins nicht verpfändet werden könnten, würde man an die Verpfändung des Tabakmonopols oder der Zölle denken. Zur Entscheidung über diese Angelegenheit wird es erst bei den Beratungen nach Neujahr in London kommen.

Eine italienische Flotte vor Gebenico.

Belgrad, 28. Dezember. (Tsch. P. B.) Die italienische Eskadre, die infolge der Ereignisse in Sebenico vor der Stadt kreuzte, ist in den Hafen eingelaufen und hat sich dort verankert. Im ganzen sind im Hafen 4 Kreuzer und zwei Torpedoboote verankert. Um neue Zusammenstöße zu verhindern und um eventuellen Gewalttätigkeiten seitens der italienischen Kriegsschiffe entgegenzutreten, hat das jugoslawische Militär alle wichtigen Punkte in der Stadt und an der Küste besetzt. Der italienische Konsul hat sich auf ein italienisches Kriegsschiff begeben.

Die künftige Armierung der Marine.

Washington, 29. Dezember. (Havas.) Es wurde ein endgültiges Abkommen erzielt, demzufolge das Geschützkaliber von Hilfskriegsschiffen auf 8 und das von Schlachtschiffen auf 16 Zoll beschränkt wird.

Gerichtssaal.

Die Plünderungen in Mähr.-Schönberg. Dieser Tage begann vor dem Osmücher Kreisgerichte der Prozeß gegen die Teilnehmer der am 7. August 1920 in Mähr.-Schönberg erfolgten Plünderungsausdehnungen. Insgesamt sind 150 Personen angeklagt.

davon 80 allein wegen der Plünderung des Kaufhauses Stern. Die Verhandlungen dürften sich durch viele Wochen lang hinziehen. In der Anklage wird u. a. ausgeführt: Samstag, den 7. August 1920, kam es in Mähr.-Schönberg zu Demonstrationen, zu denen die ungenügende Mehlversorgung Anlaß gab. Die Menge marschierte in einer Anzahl von einigen tausend Personen zunächst zum Bezirkswirtschaftsamt und verlangte Mehl. Als der Menge dort mitgeteilt wurde, daß es momentan kein Mehl gebe, stürmten die Massen vor das Gebäude der Bezirkshauptmannschaft und verlangten vom Bezirkshauptmann größere Mehlzuweisung. Mehrere Leute drangen in das Gebäude ein und griffen den Bezirkshauptmann, als er ihnen auf dem Gange entgegenkam, tätlich an und mißhandelten ihn, so daß er verschiedene Verletzungen erlitt. Im Hause der Bezirkshauptmannschaft kam es dann zu Ausschreitungen, später soll ein Großgrundbesitzer auf der Straße mißhandelt worden sein. Die Plünderer richteten in der Fabrik Lubiak und im Geschäft des Adolf Stern schweren Schaden an. Laut Schätzung beträgt der Schaden der Stern durch die Plünderungen verursacht wurde, 600.000 Kronen. Ein Teil der Ware im Werte von 170.000 Kronen konnte bei den Hausdurchsuchungen zustande gebracht und dem Beschädigten zurückerstattet werden.

Samstag begannen vor einem Straffenate die Verhandlungen gegen Marie Matura und Filomena Mateja aus Blanda, ferner gegen Marie Pelzel, Franz Matejcek, Bozena Pihak und Marie Delabil, die sich alle an der Plünderung des Kaufhauses Stern beteiligt hatten. Die Pelzel, die zu fünf Monaten Kerker unbedingt verurteilt wurde, leugnete ihre Schuld und erklärte, daß die Demonstranten ihr die Ware, ohne daß sie es wußte, unter das Bett, wo sie von der Gendarmerie vorgefunden wurde, geschoben hätten. Für die übrigen Angeklagten lautete das Urteil: Marie Matura 5 Monate schweren Kerkers bedingt, Filomena Mateja 4 Monate schweren Kerkers bedingt, Matejcek 4 Monate schweren Kerkers bedingt, Bozena Pihak vier Monate schweren Kerkers bedingt und Marie Delabil fünf Monate schweren Kerkers bedingt.

Aufhebung eines Dezemberurteils.

Die Teilnehmer an den kommunistischen Unruhen im Dezember 1920 in Jglau, Josef Pabelec und Raimund Kschmann wurden am 16. März 1921 vom Kreisgericht in Jglau zu je drei Monaten schweren Kerkers verurteilt. Sowohl Staatsanwalt als auch Verurteilte hatten feinerzeit Nichtigkeitsbeschwerden eingebracht und Berufung eingelegt. Mittwoch wurde von dem Obersten Gerichtshof über die Nichtigkeitsbeschwerden verhandelt. Der Vertreter der Generalprokuratur stellte den Antrag, die Nichtigkeitsbeschwerden der Verurteilten und des Staatsanwalts zu verwerfen. Der Oberste Gerichtshof gab den eingebrachten Nichtigkeitsbeschwerden statt, das Urteil wurde aufgehoben. Das Gericht erster Instanz wird damit betraut werden, die Untersuchung neu durchzuführen und das Verfahren nochmals aufzunehmen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Ein unerhörter Gewaltakt der Papierbarone.

Die Arbeiterschaft der Firma Robert Fuchs, Papierfabrik in Böhm.-Rammich, hielt am Dienstag, den 27. Dezember d. J., nachmittags 2 Uhr, beim Schichtwechsel eine Betriebsversammlung ab, um zu der nach zehn Wochen Verschleppung durch die Unternehmerorganisation der Papierindustrie erfolgten Ablehnung ihrer aus dringendster Not gestellten Lohnforderung Stellung nehmen zu können. Die Arbeiterschaft hatte es satt, sich von der Unternehmerorganisation („Agos“) wochenlang hinauszuziehen zu lassen und dann schließlich die höhnische Antwort der Unternehmer zu erhalten, für eine Lohnerhöhung sei kein Anlaß vorhanden, da alle Preise wesentlich gefallen seien. Der Firma aber war es ein Dorn im Auge, daß sich die Arbeiterschaft die Gelegenheit schaffen wollte, zu der verhöhnenden Antwort der Unternehmer Stellung nehmen zu können und erklärte den Vertrauensleuten, daß die Arbeiterschaft, falls sie zur Versammlung gehe, entlassen sei. — Als dann die Versammlung trotz der brutalen Drohung der Firma stattfand, wurden die Arbeiter tatsächlich ausgesperrt, weil sie den Betrieb auf eine Stunde verlassen wollten, um die Berichte der Vertrauensmänner entgegenzunehmen und Beschlüsse fassen zu können. 560 Arbeiter wurden von der Firma auf Pflaster geworfen. Mit brutaler Gewalt suchten die Scharfmacher es sogar unmöglich zu machen, Vollversammlungen der Arbeiter zustande zu bringen. Dieser Gewaltakt, welcher vom Präsidenten der Unternehmerorganisation der Papierindustrie, Herr Fuchs, gegen notleidende Arbeiter unternommen wurde, ist einzig dastehend und verdient vor der ganzen Des-

fenlichkeit gebrandmarkt zu werden. Ueber die näheren Einzelheiten dieses unerhörten Anschlages auf Arbeiterexistenzen werden wir noch berichten. Zugung von Papierarbeitern nach Böhmen-Ramnitz ist strenge fernzuhalten.

Streik. Die Arbeiterschaft der Firma Emil Fürth & Sohn, Papierfabrik in Nesteritz bei Aufsig, ist am Dienstag, den 27. Dezember d. J. in den Streik getreten, da die Firma im Auftrage der „Agos“ (Unternehmerorganisation der Papierindustrie) die von der Arbeiterschaft bereits vor zwölf Wochen gestellten, durch die heutigen Lebensverhältnisse voll berechtigten Lohnforderungen glatt ablehnte und sich auch weigerte, überhaupt zu verhandeln, mit der Begründung, die Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft hätten sich in der letzten Zeit bedeutend gebessert. Natürlich, die Herren mit dem fatten Magen kennen keine Not und haben daher natürlich kein Verständnis für die primitivsten Lebensbedürfnisse der Arbeiterschaft. Wir werden auf die Ursachen des Streikes, welche in einer überaus freien Provokation der Unternehmerorganisation liegen, noch zurückkommen. Zugung von Papierarbeitern nach Nesteritz ist fernzuhalten.

Verbilligung des Weizgebäcks. Im Ministerium für Volksversorgung wird gegenwärtig eine Beratung mit den Vertretern der Erzeuger von Weizgebäck zwecks Verbilligung für das künftige Jahr abgehalten. Vom 1. Jänner an soll das Weizgebäck 45 Heller, ab 1. Feber 40 Heller das bestreute und 30 Heller das unbestreute Gebäck kosten.

Kapitalistischer Kampf um Niederländisch-Indien. Die holländischen Inseln, die im Besitze der Niederlande sind, waren in den letzten Monaten, wie die „Postische Zeitung“ sich berichten läßt, der Schauplatz des Ringens verschiedener Kapitalistengruppen. Eine niederländische Bank wollte gemeinsam mit reichsdeutschem Kapital, der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Krupp und den großen gemischten Werken Rheinland-Westfalens die Naturschätze Niederländisch-Indiens ausbeuten. Dann gab es eine englisch-japanische und eine amerikanische Gruppe, die gleichfalls mit einer Bank in Rotterdam in Verbindung stehen. Das japanische Kapital, das es vor allem auf die Oelfelder und Kohlenminen Niederländisch-Indiens abgesehen hatte, ist infolge der Anspannung aller japanischer Wirtschaftskräfte bei der Durchdringung Chinas, Sibiriens und der Mandchurei von den holländischen Inseln abgelenkt worden. Umso heftiger entbrannte der Kampf zwischen der amerikanischen und deutschen Gruppe, bei dem, wie es scheint, die Amerikaner den Sieg davongetragen haben. Die größere Kapitalmacht der Vereinigten Staaten, sowie der Wunsch des französischen Imperialismus, durch seine Wirtschaftspolitik

Japan in Ostern einzukreisen, hat diesen Sieg herbeigeführt. Das amerikanische Kapital gewährt nun Niederländisch-Indien eine Anleihe von hundert Millionen Dollars, was der Anfang der wirtschaftlichen Durchdringung Niederländisch-Indiens durch Amerika ist.

Freie Getreideausfuhr aus Rumänien. Der rumänische Ministerrat beschloß sich mit der Neuregelung der Getreideausfuhr. Es soll völliger Freihandel eintreten. Alle Ein- und Ausfuhrbewilligungen werden aufgehoben.

Massenkündigung von Lohnverträgen in Norwegen. Der norwegische Arbeitgeberverband hat eine Reihe von Tarifen zum 31. März 1922 gekündigt, so in der Bergwerke- und elektrotechnischen Industrie, in der Glasindustrie, in der Schuhwarenfabrikation, im Gangeberbe, sowie die Tarife im Buchdruckerberufe, in der Möbelfabrikation und in den optischen Berufen, ferner den mit dem Arbeitgeberverein der Nøder abgeschlossenen Tarif und die Tarife in einer Reihe einzelner Berufe.

Wirtschaftlicher Rückgang in Amerika. Paris, 28. Dezember. Wie dem „New York Herald“ aus Washington gemeldet wird, ergibt sich aus den Statistiken über die elf Monate des Jahres 1921, daß die Geschäfte mit Europa um 50 Prozent hinter denen des Jahres 1920 zurückgeblieben sind.

Kein Koratorium in Südlatvian. Nach eingehender Beratung über den vom südlatvianischen Finanzminister Kumandi unterbreiteten Gesetzentwurf betreffend die Einstellung laufmännlicher Zahlungen im Auslande, beschloß der Ministerrat, daß von dieser Maßnahme, welche geeignet wäre, auf den Kredit im Auslande ungünstig einzutwirken, Abstand genommen werde. Um jedoch die Zahlungsmodalitäten für die durch den starken Sturz des Dinarurses in Bedrängnis geratenen Kaufleute zu erleichtern, wird das bisher in Skandinavien und Slavonien gültige Gesetz über den zwangsmäßigen Ausgleich zwischen Schuldner und Gläubiger vor Eröffnung des Konkurses auf das ganze Staatsgebiet erstreckt. Die Maßnahme wird im Wege des Gesetzes über das Budgetprovisorium bereits am 1. Jänner in Kraft treten.

Die Ausbreitung des Petroleumrußes. Die Standard Oil Company unterbreitete der südlatvianischen Regierung ein Angebot betreffend den Petroleumverkauf in Jugoslawien. Da es sich um den Verschleiß eines Monopolartikels handelt, wurde die Entscheidung über das Angebot bis zu einer eventuellen gesetzlichen Regelung vertagt.

Frachtförderung zwischen Polen und der Tschechoslowakei. Warschau, 28. Dezember. Das Eisenbahnministerium hat über den

direkten Warentransport zwischen tschechoslowakischen und polnischen Eisenbahnstationen eine Verordnung erlassen. Von der Beförderung auf Grund direkter Frachtscheine sind ausgeschlossen: Gold, Silber, Platin, Wertpapiere, Pretiosen, Spitzen, Kunstgegenstände, Antiquitäten und wertvolle Pelzwaren. Auf den Frachtbriefen muß die Verkehrsrichtung angezeigt sein. Warenversicherung ist nicht zulässig.

Stabilisierung der polnischen Mark? Warschau, 28. Dezember. Der Kurs der polnischen Mark gegenüber den anderen Valuten hat sich durch einige Wochen nicht geändert. Es herrscht deshalb in Finanzkreisen die Ansicht vor, daß die polnische Mark sich stabilisiert hat.

Besserung der wirtschaftlichen Lage Amerikas. Der amerikanische Präsident hat vor einigen Monaten eine Konferenz zur Beratung des Arbeitslosenproblems einberufen, da, wie damals gesagt wurde, nicht weniger als 3.500.000 Personen ohne Beschäftigung waren. Nach den neuesten Nachrichten jedoch hat sich, wie wir der „Frankfurter Zeitung“ entnehmen, die Lage im Erwerbsleben bedeutend gebessert, da die Zahl der Arbeitslosen auf zwei Millionen zurückgegangen ist. Insbesondere sollen sich die Verhältnisse in der Stahl- und Waggonindustrie gebessert haben.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 2763, 100 Mark 38.50, 100 schweiz. Franken 1262 1/2, 100 Lire 304, 100 franz. Franken 566 1/2, 1 Pfund Sterling 203 1/2, 1 Dollar 70%, 100 belg. Franken 541 1/2, 100 Peso 1044 1/2, 100 Dinar 104 1/2, 100 Lei — 100 öst. Kronen 1.53 1/2, 100 poln. Mark 2.62 1/2, 100 ung. Kronen 11.62 1/2 sch. Kronen.

Aus der Partei.

Die Frauenkreis-Konferenz Troppau findet Sonntag, den 15. Jänner, in Troppau mit folgender provisorischer Tagesordnung statt: 1. Bericht über den Stand der Frauenorganisation im Kreis, 2. Bericht von der Frauenkreis-Konferenz, 3. Unsere nächsten Aufgaben, 4. Wahl des Frauenkreis-Komitees.

Die Bezirks-Konferenz Braunau findet Sonntag, den 22. Jänner, in Braunau statt.

Die Bezirks-Konferenz Arnau ist für den 1. Jänner in Arnau festgesetzt.

Mitteilungen aus dem Publikum.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Eine kluge Gattin.

„Männchen wohin?“ — Himmel, ist das eine Frage! Wohin denn anders als zum Schilvesterrummel! Ich gehe doch jedes Jahr! — „Gut, du kannst auch heuer gehen, aber bevor du gehst, versage dir von den Vergnügungsausgaben soviel, wieviel ein staatliches

Bauprämienlos kostet. Ich kaufe es für unsere Kinder... Und wenn es einen der 1433 Treffer zieht, werden sie reich sein, und ich will ihnen sagen, daß — es dein Neujahrsgeschenk war. Willst du?“ Natürlich mußte er wollen, was bedeutet, daß es solcher klugen Gattinnen mehr geben könnte. —!

Kunst und Wissen.

Neues deutsches Theater. (Gastspiel Marie Gutheil-Schoder.) Das Gastspiel der bedeutenden Wiener Künstlerin umfaßt zwei Opernabende; Sonntag sang sie den Rosenkavalier in Richard Strauß' gleichnamiger Oper, Mittwoch die Martha in Eugen d'Alberis „Tiefeland“. Wir hörten Frau Gutheil-Schoder nur in der letztgenannten Rolle, hauptsächlich aber sahen wir sie. Frau Gutheil-Schoder hat schon bei ihrem feinerzeitigen ersten Prager Debit vor mehr als 15 Jahren mehr durch ihre geistreiche und lebensvolle schauspielerische Leistung als durch stimmliche Qualitäten Aufsehen erregt. Schon damals klang ihre Stimme spröde und im Mittelregister belegt. Heute sind diese stimmlichen Mängel doppelt fühlbar, gar in einer vom großen, dramatischen Tone getragenen Rolle wie die der „Martha“ in d'Alberis „Tiefeland“. Der Zwang, viel Ton geben zu müssen, beeinträchtigt da sogar die Deutlichkeit des Wortes, indem er die Vokale über die Konsonanten stellt. Rein schauspielerisch freilich bot die Martha Frau Gutheil-Schoder eine nicht zu überbietende künstlerische Tat von realistischer Wahrheit und ergreifendster Innerlichkeit. Unsere heimischen Kräfte haben neben der berühmten Gastin in allen Ehren bestanden, vor allem Otto Macha als Pedro von stimmlich und schauspielerisch überragender Größe, Herr Ariener als Sebastiano, Herr Lubitz als Tommaso und Frau Krumpolz als mütterliche Mari. Die Regie Hans Ludwigs klappte nicht immer; die musikalische Leitung Paul Wellas hatte Schwung. —ek.

Silvester- und Neujahrprogramm. Silvester halb 7 Uhr Wiederholung der Operette „Schwalbenhochzeit“. Nachts 10 Uhr Gastspiel Thaller-Glöckner-Lord „Der gebildete Hausknecht“, „Die Hausgehilfin“, „Der zuckersüße Oppenheim“ (Vorstadtmädel). Neujahr nachmittags halb 3 Uhr das Weihnachtsmärchen „Wie das schlimme Teufel ein braves Engel wurde“, abends die italienischen Opern „Bajazzo“ und „Cavalleria Rusticana“.

Ring der Ribelungen. Heute 6 Uhr „Walfüre“, Siegward — Georg Schmieter. Montag, den 2. „Siegfried“ mit Georg Schmieter in der Titelrolle. Donnerstag, den 5. „Götterdämmerung“. Siegfried — Georg Schmieter.

Kleines Theater-Direktorat. Eröffnung morgen Samstag 7 Uhr mit der Premiere des amüsanten Lustspiels „Die japanische Puppe“ von Lothar-Wachwitz. Erste Wiederholung Neujahrabend. Kartenverkauf täglich an der Theaterkasse, Eingang nur Favlicplatz 28.

Herausgeber:

Dr. Ludwig Czich und Karl Cermal. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

BIO

LIDO 411
Première! **Moderne Magdalene.** Premiere!
Gefilmtes Romanetto von Jakob Arbes.
Nächstes Programm: Karoline Světlá:
Das Kreuz bei dem Bache.

SVĚTOZOR 412
Der Film, der soeben mit grossem Erfolg in Paris, London, Rom und New-York vorgeführt wird:
Die ganze Welt ist eine grosse Komödie.
Prachtvoll ausgestattete, sensationelle Tragicomödie in 4 Teilen. Schön, spannend, humoristisch.

SANSSOUCI PRAG II., Mariánská ul. 34.

Danton.
Grandioses historisches Drama nach Romain Rolland von Emil Janningsen.

Ihr Interesse verlangt es
dass Sie **zu billigsten Preisen**
Wintertrikots, Wollwaren für Herren, Damen und Kinder, Jacken, Garnituren, Sweater, Trikots einkaufen. Alle Bedarfsartikel kaufen Sie am besten in
Prag II., Hybernská 7, Lidový dům
517 (Volkshaus), nur II. Hof.

Wäsche, Taschentücher, Krawatten, Wollshawls, nur Kč 30.—. Lederwaren.
Neujahrs-Geschenke.
Verkauf von 8 Uhr früh bis 7 abends, über Mittag geöffnet.

Drucksorten
aller Art, modernst ausgestattet liefert raschest die
Druckerei der TRIBUNA A.-G.
Prag II., Kariovo nám. 15.
Telephon 3090. Voranschläge gratis. Telephon 3090.
147

Redakteur
für ein
sozialdemokratisches Tagblatt
in der Tschechoslowakei wird
518
gesucht.
Vollständige Kenntnis der tschechischen Sprache und der Stenographie erforderlich.
Offerte unter „A. B. 100“ an die Verwaltung des „Sozialdemokrat“.

Arbeiter, Parteigenossen!
Verlangt in allen Lokalen, in denen ihr verkehrt,
den **„Sozialdemokrat“.**

Reserviert für:
MERL & WEISS
FACHMANN. BURO-EINRICHTUNGEN
PRAG, NARODNI 23a.
141

Inserieren bringt Erfolg!
Pfering-Sent und Essig
ist der Beste!
zu haben in allen Konsum-Verelnen. 47

Kuh & Kretsch
Likörfabrik
Teplitz-Schönau. 68

So hoch



schätzt der Kenner Tee
Marke Tee-Panne

Seine hervorragenden Eigenschaften: Aroma, Erlebigkeit und Güte erlassen auch Nichtkenner veranlassen, ihn zu probieren. Tee-Panne ist nämlich nur in Originalpackungen mit der Schutzmarke Tee-Panne und wertvollen Belegmunterschriften in allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen zu haben, werden solche durch das Teemagazin „Tee-Panne“ in Wien, Bodenbach 9/10b nachgeliefert.

Genossen! Werbet für Euer Zentralorgan!

BERSON GUMMIABSATZ

BILLIGER ALS LEDER